



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/140 - 23.6.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Die Welt blickt auf Nordrhein-Westfalen	S. 1
Deutsche Regierungspropaganda in den USA	S. 3
Die Fremdenlegion - ein europäisches Ärgernis	S. 5
Der Kanzler und die Aufgabe des Christentums	S. 7

## Wahlkampf in der Endphase

H.K. Müde und lustlos schleppt sich der Wahlkampf dem 27. Juni entgegen, an dem die Bevölkerung des größten deutschen Bundeslandes ihren Landtag wählen wird. Das Interesse des deutschen Volkes wendet sich immer stärker den Kommunalwahlen, bei denen der Bürger die unmittelbare Berührung mit den Problemen seiner Gemeinde spürt, und den Bundestagswahlen zu, bei denen es um die Fragen der großen Politik geht. Landtagswahlen vermögen nicht einmal mehr in den sommerlichen Hundstagen die Gemüter zu erhitzen.

Das ist bedauerlich, denn nach dem 6. September 1953 wird dieser 27. Juni 1954 überall mit Spannung als eine Zwischenbilanz der politischen Kräftebewegung erwartet. Die Skala der Probleme, die in den Wahlversammlungen diskutiert werden, spielt deshalb auch zwischen Haiphong in Indochina und Düsseldorf in Nordrhein-Westfalen.

"Mit Arnold für Adenauer" läßt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident seine Knappen für den Bundeskanzler reiten, und der wieder schickt seine Ritter dem gestern noch frondierenden Düsseldorfer Landesfürsten zu Hilfe: Noch nie hat ein solches Aufgebot an Ministern bis in die kleinsten Städtchen auf die Bevölkerung eingeredet. Kein Wunder, wenn dabei CDU-Landesminister trotz trommelnder Reklame vor kaum mehr als einem Dutzend Zuhörer stehen.

Die politische Konjunktur der CDU ist offenbar schlecht,

wenigstens wenn die äußerlich meßbaren Faktoren als Maßstab genommen werden können. Der Kanzler steht vor den Trümmern seiner außenpolitischen Konzeption, und auch landespolitisch kann die CDU mit keinen Leistungen aufwarten, die diesen politischen Positionsverlust wettmachen könnten. Die Absicht, als großen Wahlschlager das Steckenpferd Arnolds, die Verwaltungsreform, zu reiten, mußte man aufgeben, als die Referenten der Regierung ihren Chef darauf aufmerksam machten, daß nach iverjähriger CDU-Regierung auf einen eingesparten Minister-sessel zehntausend neu besetzte Behördenschemel kommen.

So ist die CDU bei dieser Wahl so viel wie möglich in die Tarnung gegangen. Auf zwei Wegen versucht sie mit einem Minimum an Parteifirmierung ein Maximum an Parteierfolg zu erzielen. -

Erstens hat sie in geradezu skrupelloser Weise Staatsgelder für Regierungs-, d.h. Parteipropaganda eingesetzt, um mit Hilfe von Werbefilmen und Propagandageschenken CDU-Stimmung zu machen. Die den Ministerpräsidenten der britischen Zone für überregionale kulturelle Zwecke im Jahre 1953 zur Verfügung stehenden NWDR-Zuweisungen wurden von Arnold bis zum Sommer 1954 in großem Umfange aufgespart, um allein zum Beispiel für eine halbe Million Fernsehgeräte an Jugendheime zu schenken - eine Verwendung der Mittel, die begrüßenswert wäre, wenn sie zu diesem Zeitpunkt nicht allzu penetrant nach Wahlpropaganda riechen würde. Da werden große Summen für die Errichtung einer zentralen Handwerkerbibliothek in der Presse angekündigt, dicht unter der Schlagzeile "Handwerker, seht Euch die Parteien an, die Euch helfen!" Und das alles firmiert als Geschenk des großen Gönners Arnold, der im Nebenberuf CDU-Ministerpräsident ist.

Als zweite Methode der CDU-Propaganda erleben wir eine noch nie dagewesene Tarnung hinter den katholisch-kirchlichen Institutionen. Zahlreich sind die Orte, in denen zwar keine CDU-Versammlungen stattfinden, die CDU-Redner aber vor kirchlichen Vereinigungen unter dem Vorsitz des Geistlichen sprechen. Dazu kommen die Volksmissionare nach Art des Pater Leppich, der sich eines Predigtstils bedient, von dem selbst unser moralisierender Bundesfamilienminister noch lernen könnte.

In der kommenden Legislatur-Periode wird es aber vor allem um die sozialen Probleme der Schulpolitik gehen. Das Schulfinanzgesetz ist das entscheidende Gesetz, das der neue Landtag wird beschließen müssen. Die sozialdemokratische Fraktion hat mit ihrem Gesetzentwurf, der die Unentgeltlichkeit aller Schulen in Nordrhein-Westfalen bis zu den Universitäten gesetzlich sichern soll, einen mutigen Vorstoß auf dem Gebiet der sozialen Kulturpolitik unternommen. (Denn es ist ein unerträgliches Zustand, daß in einem Lande, dessen bisherige CDU-Regierung sich sogar das "soziale Gewissen der Bundesrepublik" nennt, nur weniger als vier Prozent aller Studenten aus Arbeiterfamilien stammen). Hier und beim sozialen Wohnungsbau werden die größten Aufgaben einer neuen Regierung liegen.

+ + +

"Deutsches Haus" oder "Deutsches Propagandabüro" in USA?

H.S.-New York, Mitte Juni

Es gibt einige Leute, die sehr schnell, wenn es ihnen gut geht und alles nach Wunsch verläuft, übermütig werden; und es gibt, Gott sei gelobt, neben ihnen auch andere Leute, die unter den gleichen Voraussetzungen doch einen kühlen Kopf behalten und den Sinn für Proportionen nicht verlieren. Beide Arten Leute gibt es auch, zum Beispiel, in der Deutschen Bundesrepublik. Die einen, die Übermütigen, haben nun schon seit vielen Monaten die folgende Lieblingsidee entwickelt: "Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten von Amerika sind gut, Bundeskanzler Adenauer wurde in Amerika triumphal empfangen, und die amerikanisch-deutsche Freundschaft ist einer der großen Lichtblicke unserer Zeit. Wir können uns daher schon wieder leisten, in Amerika etwas lauter und kräftiger aufzutreten: Laßt uns also ein großes Informations- und Propagandabüro in den Vereinigten Staaten aufziehen, das das neue Deutschland, das deutsche "Wirtschaftswunder", den deutschen Wiederaufbau und die neue Blüte Deutschlands dem amerikanischen Volk einhämmert, das für verbesserten Absatz deutscher Waren auf dem amerikanischen Markt wirbt, und das einen Vergleich mit den bestehenden Propagandabüros anderer Länder in den USA, zum Beispiel der Engländer und Franzosen nicht zu scheuen hat"

So sprachen sehr ernsthaft und eindringlich eine Menge Leute. Tatsache ist, daß die Regierungen Englands, Frankreichs, Kanadas und einiger anderer Länder im Herzen New Yorks, in dem eleganten Bürohaus-Komplex des "Rockefeller Center" umfangreiche Informationsbüros unterhalten, die eigene Nachrichtenblätter und Zeitschriften veröffentlichen, Vorträge und Filmabende veranstalten und auf diese Weise natürlich recht wirksam im amerikanischen Publikum für ihre Heimatländer werben können. Ob und wie weit es diesen Informationsstellen gelingt, effektiv die öffentliche Meinung und die maßgeblichen Regierungs- und Wirtschaftskreise der USA zu beeinflussen, ist zweifelhaft; aber einen Versuch einer Beeinflussung stellen sie bestimmt dar.

Goebbels Schatten wirkt noch nach

Sollte die Bundesrepublik nun das gleiche tun? Die Anhänger des Plans meinten einfach, daß, was England, Frankreich, Kanada, Holland, Indien, Brasilien, Ägypten und anderen Ländern recht sei, auch der Bundesrepublik billig sein müsse, und sie wiesen auf die Vorteile hin, die sich vom Standpunkt des deutschen Außenhandels aus ergaben würden. Die andere Schule, zu der vor allem die guten Sachkenner der amerikanisch-deutschen Beziehungen gehören, die in der deutschen diplomatischen Mission in Washington und im deutschen Generalkonsulat in New York Dienst tun, aber warnte vor jeglicher Kundgebung des Übermutes. Die amerikanisch-deutsche Freundschaft, so erfreulich sie auch ist und so vielversprechend sie sich auch entwickelt, sei doch noch ein zartes und junges Pflänzchen, das mit Vorsicht und Takt gepflegt werden müsse, und das sich keineswegs mit der alten Waffenbrüderschaft vergleichen läßt, die nun einmal England, Frankreich und Kanada mit Amerika verbindet; außerdem sei in den Vereinigten Staaten noch keineswegs die Erinnerung an ein höchst unerfreuliches deutsches Propagandazentrum erloschen, das seinerzeit unter der Ägide Dr. Goebbels' in New York funktioniert hatte und das keineswegs für die amerikanisch-deutsche Freundschaft geworden, vielmehr sich als Instrument des Hasses,

der Zwietracht und der Mühsarbeit entpuppt hatte.

Diese Einstellung der verantwortungsbewussten und sachkundigen deutschen Diplomaten in Washington und New York wurde im übrigen auch vom amerikanischen Staatsdepartement geteilt, wo man von dem Plan alles andere als begeistert gewesen war, - und diese Einstellung setzte sich schließlich auch in Bonn durch. Den Todesstoß erlitt das ganze stolze Projekt durch Differenzen über die Finanzierungsfrage, als sich nämlich herausstellte, daß eine Finanzierung durch deutsche Exportinteressenten untunlich war und eine Finanzierung durch die Bundesregierung aus budgetpolitischen Gründen als ausgeschlossen fallen gelassen wurde. Und damit war der Plan zu Grabe getragen, - wenigstens für eine absehbare Zeit.

Das bedeutet freilich nicht, daß die Bundesrepublik ohne irgend ein Sprachrohr und ohne irgendein Werkzeug der Information für Amerika belassen werden soll. Information über Menschen und Dinge in der Bundesrepublik ist, im Gegensatz zu Propaganda, ein sehr legitimes Unternehmen. Die Bundesregierung verfügt in den Vereinigten Staaten über ihre Presso- und Kulturabteilungen, über die Auskunftsstelle der amerikanisch-deutschen Handelskammer und über die deutschen Reise- und Verkehrsbüros, und alle diese amtlichen oder halbamtlichen Stellen leisten eine gediegene und nützliche, zum Teil sogar hervorragende Arbeit. Es wäre sehr empfehlenswert, diesen vorfindenen Apparat auszubauen und ihn durch vermehrte Kredite und verbesserte Arbeitsbedingungen noch wertvoller zu machen; wenn man etwa amerikanischen Studenten, die eine Doktorarbeit über irgendein deutsches Thema zu schreiben haben, oder einem amerikanischen Importeur, der Auskünfte über deutsche Industrieprodukte sucht, die Aufgabe durch vermehrte und verbesserte Auskunfts- und Hilfsmöglichkeiten erleichtert, so ist dagegen nichts einzuwenden. Das ist der Weg, den man sinnvollerweise einschlagen sollte.

#### Nur keine taktlose Aufdringlichkeit

Auf eine andere Alternative hat kürzlich der deutsche Geschäftsträger in Washington, Botschafter Krekeler, in einer Rede hingewiesen. Er hat vorgeschlagen, daß man über kurz oder lang einmal in New York und einigen anderen amerikanischen Großstädten ein "Deutsches Haus" errichten sollte, ganz ohne Propagandaabsichten, lediglich als deutsches Kulturzentrum gedacht: Vielleicht mit einem Lesesaal für deutsche Zeitschriften, einen Vortragssaal und einer Handbibliothek, sowie einem Salon, in dem Besucher aus Deutschland empfangen werden können oder zu feierlichen Anlässen deutsche Amtsvvertreter, zum Beispiel der deutsche Generalkonsul in New York, amerikanische oder deutsch-amerikanische Gäste an sich sammeln könnten. Ein solches Deutsches Haus, unaufdringlich und bescheiden in seinem äußeren Rahmen, aber würdig sinnvoll das neue Deutschland auf amerikanischem Boden vertretend, wäre eine vernünftige und begrüßenswerte Einrichtung, - und es läßt sich vielleicht sogar denken, daß sich in Amerika einige Freunde deutscher Kultur bereit finden werden, zur Errichtung eines solchen deutschen Zentrums finanzielle Beihilfe zu leisten, so daß also der Bundesminister der Finanzen in Bonn gar nicht erst die Stirn in Falten zu legen haben wird. Heute ist das noch eine Zukunftsvision; aber sie sagt den Amerikanern wie den Deutschen zu, die ihren bescheidenen Beitrag zum Ausbau der amerikanisch-deutschen Beziehungen leisten, - und die diese Beziehungen nicht durch taktlose Aufdringlichkeit oder gar unbelehrbaren Größenwahn wieder gefährden wollen.

Ein Schlag ins Gesicht EuropasVon Heinz Pöhler, MdB

Es gibt in dieser Zeit der phrasendreschenden Sonntagsredner einen politischen Fakt, der wie kein anderer geeignet ist, allzu bekannten Vorstellungen und Beteuerungen die pseudoeuropäische Maske vom Gesicht zu reißen, hinter der sich nichts anderes verbirgt als die Fratze nackten nationalen Egoismus: Das ist der Menschenschmuggel für den Landsknechtsdienst in der französischen Fremdenlegion. Diese Kulturschande wird schließlich nicht im Bereich totalitärer Doktrinen, sondern in jenem Teil der Welt praktiziert, die den Begriff der Freiheit wie eine flatternde Fahne vor sich her trägt. Trotz feierlich beschworener Menschenrechte im modernen Prachtbau des Straßburger Europahauses ! Das europäische Ärgernis der Legionswerbung ist in der Tat ein Schlag ins Gesicht jenes werdenden Europas, in das die junge Generation dieses Kontinentes soviel gläubige Hoffnung investiert hat. Um es unmißverständlich und deutlich zu machen: Der europäische Partner Frankreich in der Montanunion und der möglicherweise zukünftige Partner der EWG benutzt nach wie vor seine Machtposition als Besatzung, um die junge Generation des europäischen Partners Bundesrepublik Deutschland für seine Landsknechtstruppe anzuwerben, um sie bedenkenlos für französische Kolonialinteressen im indochinesischen Dschungel verbluten zu lassen. Das ist die ganze bittere europäische Wahrheit, die um Europas willen nicht klar und offen genug ausgesprochen werden kann.

Daß diese Wahrheit in gewisse aktuelle außenpolitische Konstruktionen nicht hineinpaßt, ist allerdings verständlich. Der Bundeskanzler, der gar nicht so zurückhaltend und zimperlich ist, wenn es sich zum Beispiel um die politische Ehre seiner Gegner handelt, offenbart jedenfalls in der Frage der Legion ein erstaunliches Maß an diskreter Zurückhaltung. In der letzten außenpolitischen Debatte des Bundestages verstieg er sich bekanntlich zu der zweifelhaften Behauptung, daß Frankreich in Indochina für die Freiheit Europas kämpfe ! Daß dieser Kampf in der Welt und selbst in weiten Teilen des französischen Volkes sehr treffend als "der schmutzige Krieg" bezeichnet wird, scheint dem weitgereisten Außenminister der Bundesrepublik unbekannt zu sein. Wir haben zwar nicht die Absicht, mit Dr. Adenauer über das Wesen der Freiheit zu streiten - weil das wirklich wenig sinnvoll erscheint -, aber es ist um so nachdrücklicher darauf hinzuweisen, daß der Kanzler bei diesem Indochinakommentar den deutschen Anteil der grauenhaften Opfer von Dien Bien Phu zu erwähnen vergaß.

Nun mag zugegeben werden, daß dieser illegale deutsche Wehrbeitrag für Frankreichs Kolonialpolitik in der Tat schlecht zu der Propaganda von der erfolgreichen Außenpolitik der Bundesregierung paßt. Aber der Parteiboss Dr. Adenauer hat bei der Einleitung des nordrhein-westfälischen Wahlkampfes selbst damit geprahlt, daß seine, des Bundeskanzlers Außenpolitik der Bundesrepublik ein so großes Maß an Einfluß gewonnen habe, daß in der europäischen und Weltpolitik keine wichtige Entscheidung mehr getroffen wird, zu der Bonn nicht gehört werde. Das ist ohne Zweifel ein großes Kanzlerwort, das hier gelassen ausgesprochen wurde. Aber gerade in Sachen Fremdenlegion möchten wir den deutschen Bundeskanzler bei diesem Wort nehmen.

Wie wäre es, wenn der gleiche Dr. Adenauer als Außenminister diesen so laut propagierten Einfluß erfolgreich in der Richtung geltend machen würde, daß die französische Besatzungsmacht endlich aufhört, die jungen deutschen Bürger des gemeinsamen europäischen Vaterlandes in die Vernichtung des Prestigekrieges in Indochina zu schicken? Auf diese Weise wären außenpolitische Meriten zu erwerben, die vielleicht weniger der Propaganda, aber desto mehr dem bedauernswerten Opfer der Legionswerbung, der deutschen Jugend nämlich, zugute kämen.

Übrigens hat der Kanzler gerade jetzt eine passende Gelegenheit, sich zu dieser Frage in aller Öffentlichkeit zu äußern. Zur gleichen Zeit, in der die Jungsozialisten Deutschlands sich bemühen, das Gewissen der Öffentlichkeit erneut durch ein Weißbuch über die französische Fremdenlegion wachzurufen, hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in der Auskunft über die deutschen Angehörigen der Legion verlangt wird. Darin wird nicht nur gefragt nach der Zahl der Gefallenen und Vermissten, sondern auch, welche Maßnahmen getroffen wurden, um die Heimkehr der gefangenen deutschen Legionäre zu erreichen. Schließlich beinhaltet diese Anfrage auch das Auskunftersuchen, welche Vorkehrungen über die bestehenden Strafanordnungen hinaus getroffen wurden, um die Werbung für die Legion zu unterbinden. Das sind sehr konkrete Fragen, die ebenso konkrete Antworten verlangen. Dabei wäre zweckmäßig, die in der Öffentlichkeit mit Sorge gestellte Frage gleich mit zu beantworten, ob die wenig erfolgreiche Legionsabwehr der deutschen Polizei etwa in diplomatischen Rücksichten und Bedenken ihre Begründung findet.

Die deutsche Jugend, Herr Bundeskanzler, wartet auf Ihre Antwort!

+ + +

Peinliche Parallelen

G. Ein altes Requisit aus dem Wahlarsenal der Demagogen aller Zeiten und Länder ist die Diffamierung durch Gruppentrennung und Gruppenisolierung. Die Sache ist denkbar einfach: Man scheidet die Wählermasse in einen bösen und guten Teil, in einen arischen und semitischen, in einen sozialen und asozialen, in einen christlichen und unchristlichen, in einen nationalbewußten und vaterlandslosen. Sobald die Einteilung vorgenommen wurde, ist jedes weitere Argument überflüssig. Denn dieser Wahlkampfstil verzichtet bewußt darauf, das selbständige Denken des Wählers anzuregen und hat eigentlich nur den Zweck, eine echte politische Auseinandersetzung zu vermeiden. Die Klaviatur ist bekannt, der Ton auch, lediglich die Akteure wechseln.

Jüngst waren es die katholischen Bischöfe, die sich in ihrem Wahlauftritt gegen eine eventuelle "Müdigkeit der Guten" wandten. Die "Guten" also sollen nicht müde sein und zur Wahlurne gehen um "christliche Abgeordnete" zu wählen. Die anderen Wähler sind dann logischerweise die Bösen. Früher einmal hieß die Lesart: Die gute Deutsche - dort schlechte Deutsche.

Der Kanzler spielt in diesem Orchester natürlich eifrig mit. Er hält es mit der Diffamierung durch Isolierung. Vor einigen Tagen wettete er gegen den Rhein-Ruhr-Club, woselbst Reichskanzler a.D. Dr. Brüning eine den Kanzlerkurs kritisierende Rede hielt. Dr. Adenauer bezeichnete den versammelten Kreis in offenkundig herabsetzender Absicht als einen "intellektuellen Debattierclub". Das ist sehr bemerkenswert. Außer dem Kanzler haben sich solcher Formulierungen bisher nur die Bolschewisten und weiland Herr Dr. Joseph Goebbels bedient. Der letzte gebrauchte dazu noch das Attribut "artfremd", "Kampf den artfremden Intellektuellen". Dagegen soll dann das sogenannte bodenständige gesunde Volksempfinden aufmarschieren. Jeder Autokrat wünscht sich als Untertanen Menschen mit kleinem Kopf und großen Händen.

Tiefer herab geht's nimmer - obwohl Dr. Adenauer in allen seinen Wahlreden in die höchsten Höhen greift: Er spreche in politischen Reden nicht gerne von Gott - (in Wirklichkeit, wir haben das sehr genau nachgeprüft, tut er es direkt oder indirekt in fast jeder politischen Rede.) Hier vor diesem Forum (Wahlversammlung am 20.6. in Düsseldorf) könne er es aber ruhig aussprechen, daß Gott den deutschen Christen in der Auseinandersetzung zwischen Christentum und Materialismus die Möglichkeit gegeben habe, das gutzumachen, was in den vergangenen Jahren von Deutschland aus gefehlt worden sei. - Welch' pharisäerhafte Überheblichkeit spricht aus diesen Worten. Freilich wird auch in der Öffentlichkeit immer wieder solchen Neigungen Vorschub geleistet, wie das vor einiger Zeit Herr Zehrer in der "Welt" mit dem Hinweis tat, daß in der Person Adenauers ein "Auftrag von Oben" sichtbar geworden sei. Vor gar nicht allzu langer Zeit war es der Begriff der "Vorsehung", der in solchen Zusammenhängen eine Rolle spielte. In jedem Fall ist es frivol, im harten politischen Kampf dadurch besonders Ansehen gewinnen zu wollen, daß man sich als Werkzeug Gottes empfiehlt.

---

Verantwortlich: Peter Raumau